

Erklärung N.A. Bulganins
des Vorsitzenden des Ministerrates der UdSSR
auf der Warschauer Konferenz der europäischen
Staaten zur Gewährleistung des Friedens und der
Sicherheit Europas

1.

Genosse Vorsitzender! Genossen Delegierte!

Das Leninsche Prinzip der Koexistenz verschiedener Gesellschaftssysteme ist ein unwandelbarer Grundsatz der sowjetischen Außenpolitik. Die Sowjetregierung vertritt dieses Prinzip um die Menschheit von den Schrecken und Leiden des Krieges zu bewahren, den Völkern den Frieden und die Ruhe zu gewährleisten. Die Sowjetunion führt einen aktiven Kampf um die Festigung des Friedens und die Minderung der internationalen Spannung und begrüßt jeden Schritt, den die Regierungen anderer Länder in dieser Richtung tun.

Daher misst die Sowjetregierung dieser Konferenz, die mit der Gewährleistung und der Sicherheit in Europa zusammenhängende Fragen beraten soll, außerordentliche Bedeutung bei.

Ende des vergangenen Jahres haben sich die Regierungen der hier vertretenen Staaten auf der Moskauer Konferenz europäischer Länder über die Notwendigkeit geeinigt, die Lage erneut zu prüfen, falls die Pariser Verträge ratifiziert werden sollten. Jetzt ist eine solche Notwendigkeit eingetreten. Die Ratifizierung der Pariser Verträge ist zur Tatsache geworden. Das hat ernste Veränderungen in der gesamten internationalen Lage hervorgerufen und hat die friedliebenden Staaten vor neue Aufgaben gestellt.

In den Reden der Teilnehmer der Moskauer Konferenz, sowie in der von ihnen angenommenen Deklaration erfolgte eine allseitige Analyse der Pariser Verträge und es wurde auf die Gefahren hingewiesen, die diese für die Sache des Friedens in Europa mit sich bringen. Die inzwischen geschehenen Ereignisse bestätigten die Richtigkeit dieser Analyse.

- 2 -

Wir müssen der Tatsache Rechnung tragen, daß die Pariser Verträge ratifiziert sind und in Kraft treten. Durch diese Ratifizierung haben die westdeutschen Militaristen und Revanchepolitiker die Möglichkeit erhalten, offen mit der Aufstellung einer Kaderarmee zu beginnen und sie mit allen modernen Waffen, einschließlich Atom-, chemischen und bakteriologischen Waffen auszurüsten. Westdeutschland wird in ein Aufmarschgebiet für die Entfaltung starker aggressiver Kräfte verwandelt. In verstärktem Maße werden Flugplätze, Schießplätze, Kasernen und Waffenlager errichtet. Maßnahmen zur Anwendung der Atomwaffen durch die westdeutschen Militaristen werden ausgearbeitet, Massenerlieferungen amerikanischer Waffen nach Westdeutschland vorbereitet und gleichzeitig wird die Militarisierung der westdeutschen Industrie verstärkt. Dadurch werden mit Hilfe der Pariser Verträge den Aggressoren und Okkupanten von gestern die Mittel einer erneuten Aggression, einer erneuten Unterdrückung in die Hand gegeben. Der deutsche Militarismus, der im Verlaufe einer Generation zwei Weltkriege entfacht hat, zeigt sich wieder auf der europäischen und internationalen Arena und bedroht den Frieden und die Sicherheit der Völker.

Zehn Jahre nach Beendigung des zweiten Weltkrieges wird Westdeutschland mit Hilfe der Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritanniens und Frankreichs in den Hauptherd der Kriegsgefahr in Europa verwandelt. Es wird zum Mitglied des Nordatlantikblockes, sowie auch des Westeuropäischen Militärbündnisses, die gegen die Sowjetunion und die Länder der Volksdemokratie gerichtet sind.

Es muß daran erinnert werden, daß Großbritannien und Frankreich dem Militärblock mit den westdeutschen Militaristen und Revanchepolitikern entgegen den Verpflichtungen beigetreten sind, die sie durch die in den Jahren des zweiten Weltkrieges mit der Sowjetunion abgeschlossenen Verträge übernommen hatten, jener Verträge, die sich gegen eine Aggression seitens des deutschen Militarismus richteten.

- 3 -

Damit haben sich Großbritannien und Frankreich faktisch von diesen wichtigen Verträgen losgesagt. Infolgedessen nahm das Präsidium des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken am 7. Mai den Erlaß über die Annullierung der Verträge an.

Die in der zweiten Hälfte des Dezembers, schon nach der Moskauer Konferenz, stattgefundene Session des Rates des Nordatlantikblocks fasste den Beschluß über die Vorbereitung eines Atomkrieges. Das steht auch im direkten Zusammenhang mit den Pariser Verträgen und bestätigt wiederum ihren gefährlichen Charakter für die Friedenssache Europas.

Die Aktivierung der aggressiven Kräfte wird nicht nur in Europa beobachtet. Es ist bekannt, daß zur Zeit auf eine Reihe von Staaten des Nahen und Mittleren Ostens ein starker Druck ausgeübt wird, um sie zur Teilnahme an Militärblocks zu zwingen, die als Anhängsel des aggressiven Nordatlantikpaktes geschaffen werden. Dieser Druck werde auf Syrien, Ägypten und andere arabische Länder sowie auf das an die Sowjetunion grenzende Afghanistan ausgeübt. In die aggressiven Blocks bemüht man sich auch den Iran hineinzuziehen, obgleich gemäß des sowjetisch - iranischen Vertrages vom 1. Oktober 1927 der Iran sich verpflichtet hatte an keinen gegen die Sowjetunion gerichteten Militärbündnissen oder politischen Pakten oder Vereinbarungen teilzunehmen.

Gleichzeitig unternehmen die Vereinigten Staaten von Amerika Schritte zur Erweiterung des Netzes ihrer Militärstützpunkte, insbesondere in der Nähe der Grenzen der Sowjetunion und der Länder der Volksdemokratie. Es wird kein Hehl daraus gemacht, daß von diesen Stützpunkten aus Luftüberfälle auf die Sowjetunion und andere friedliebende Staaten geplant sind.

Im Fernen Osten, im Gebiet von Taiwan, werden die Provokationen gegen die Volksrepublik China fortgesetzt. Es ist klar, daß sich die auf der Insel Taiwan verborgene Twchiangkaischek-Clique es nie gewagt hätte ohne Unterstützung ihres starken

- 4 -

amerikanischen Gönners in der Person der Regierung der USA, die die aus China vertriebene Bande Tschan Kai-schi in ihre Dienste genommen hat, ihre räuberischen Handlungen vorzunehmen.

Taiwan, Penchuledao und die Küsteninseln wurden zu Militärstützpunkten, von wo aus durch die Vereinigten Staaten kontrollierte Militärkräfte nicht provozierte Überfälle auf die Volksrepublik China vornehmen, sowie piratische Flugüberfälle auf Handelsschiffe im offenen Meer durchführen.

Diese Politik wird von offiziellen Persönlichkeiten der USA als "Verteidigung vor der kommunistischen Aggression" bezeichnet, obwohl die ganze Welt wisse, daß gerade die USA altes chinesisches Gebiet, nämlich die Insel Taiwan, okkupierte und daß amerikanische Generale und Admirale einen großen Krieg mit Atomwaffen entfesseln wollen.

Im Süd-Osten Asiens ist ein Militärblock geschaffen, der unter dem Namen SEATO bekannt ist, der eine Vereinigung von Kolonialmächten des Westens und einigen von ihnen abhängiger Staaten Asiens darstellt. Dieser Block hat sich die Erhaltung und Festigung des Kolonialregimes, die Unterdrückung der nationalen Befreiungsbewegung, die Einnischung in die Angelegenheiten Volkschinas sowie anderer asiatischer Länder zum Ziel gesetzt. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß solche die Freiheit und Unabhängigkeit schätzenden Staaten Südostasiens, wie Indien, Burma und Indonesien sich entschieden weigerten dem aggressiven und reaktionären Block der Kolonisatoren beizutreten.

Aus diesen Tatsachen ergibt sich, daß die Wiedererrichtung des Militarismus in Westdeutschland von einer verstärkten Aktivität der aggressiven Kräfte in der ganzen Welt begleitet wird.

Der westdeutschen Wehrmacht wird dabei die besondere Rolle der Hauptstoßkraft zugebracht.

- 5 -

II.

Die Sowjetunion führt einen konsequenten Kampf um die Lockerung der internationalen Spannung, um die Erhaltung und Festigung des Friedens.

In dieser ihrer Politik rechnet die Regierung der Sowjetunion auf die Unterstützung und die Mitarbeit der friedliebenden Staaten, die auf dieser Konferenz vertreten sind. Sie ist sich auch der Unterstützung dieser ihrer Politik seitens der friedliebenden Kräfte in den anderen Ländern sicher. Unsere Sicherheit ist darauf gegründet, daß die lebenswichtigen Interessen aller Völker die Erhaltung des Friedens und die Lockerung der internationalen Spannung fordern.

Der Kampf der Völker Westeuropas gegen die Pariser Verträge zeigte, welche große Kräfte in jenen Ländern sich für den Frieden einsetzen, deren innere Entwicklung und Außenpolitik jetzt vollständig der Vorbereitung eines neuen Krieges untergeordnet werden soll. Der Widerstand der fortschrittlichen Kräfte und der Volksmassen der westeuropäischen Länder schob auf lange Zeit die Verwirklichung der Pläne der Wiederherstellung des Militarismus in Westdeutschland hinaus. Den Volksmassen ist die ganze Gefahr der Politik der Wiederherstellung des deutschen Militarismus und die Vorbereitung eines neuen Krieges in Europa verständlich.

Die Sowjetunion war und bleibt ein entschiedener und konsequenter Gegner der Politik der Remilitarisierung Westdeutschlands. Indem wir gegen die Ratifizierung der Pariser Verträge kämpften sahen wir und sehen wir noch heute, daß die Remilitarisierung Westdeutschlands und ^{der} ~~der~~ **Einschluß** in den Nordatlantikpakt das grundlegende Hindernis für die Wiederherstellung der nationalen Einheit Deutschlands auf friedlicher und demokratischer Grundlage darstellt. Gleichzeitig waren wir und bleiben wir Anhänger der Wiederherstellung der Einheit Deutschlands als freier, friedliebender und demokratischer Staat. Die Politik der Sowjetunion wird in der Deutschlandfrage auch weiterhin von dieser grundlegenden Situation ausgehen.

In Übereinstimmung damit ist es unerlässlich, alle Maßnahmen zur Verhinderung der Wiederherstellung des deutschen Militarismus zu treffen und einen breiten, allseitigen Kampf gegen die Verwirklichung der Pariser Verträge zu führen. Es ist erforderlich, auch unter den neuen Bedingungen, für die nationale Vereinigung Deutschlands zu kämpfen. Bei der Realisierung dieser Aufgaben müssen die entscheidende Rolle in erster Linie die patriotischen Kräfte des deutschen Volkes selbst spielen, die danach streben, die Remilitarisierung Westdeutschlands nicht zuzulassen.

Ein wichtiger Beitrag für die Sache der Vereinigung Deutschlands, und ebenso auch für die Sache der Stützung des Friedens in Europa, könnte die Annäherung zwischen Ost- und Westdeutschland, die Milderung der Spannung, die in den Beziehungen zwischen ihnen bestehen sein. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Festlegung vereinbarter Handlungen beider Teile Deutschlands hinsichtlich der Schaffung eines vereinten, freien und demokratischen Deutschlands nicht nur erforderlich ist, sondern durchaus möglich, da dies den Interessen des ganzen deutschen Volkes entspricht.

Natürlich können wir nicht den Umstand außer acht lassen, daß die Ratifizierung der Pariser Verträge in der Regelung der deutschen Frage eine neue Situation geschaffen hat, die für das deutsche Volk im ganzen ungünstig ist.

Wie bekannt ist, hat die Sowjetregierung in ihren früheren Erklärungen mehrfach ^{auf} die Wichtigkeit der Lösung der Frage der nationalen Vereinigung Deutschlands auf dem Wege von Verhandlungen der Großmächte unter Teilnahme der Vertreter beider Teile Deutschlands hingewiesen. Wenn die Regierungen der USA, Englands und Frankreichs sich die Vereinigung Deutschlands wirklich zur Aufgabe gemacht hätten, aber nicht die Remilitarisierung Westdeutschlands anstrebten und seinen

Einschluß in ihre aggressiven Gruppierungen, der natürlich die Spaltung Deutschlands vertieft, so unterläge es keinem Zweifel, daß die von der Sowjetunion vorgeschlagenen Verhandlungen zu positiven Ergebnissen hätten führen müssen. Jedoch die Regierungen der drei Westmächte beschritten einen anderen Weg.

Die Pariser Verträge ratifizierend, offenbarten sie ihre Unlust, den nationalen Interessen des deutschen Volkes und ebenso den Interessen des Friedens und der Sicherheit in Europa Rechnung zu tragen.

Deshalb ist die Sowjetregierung bereit, auch in Zukunft mit allen Mitteln zur Wiederherstellung der Einheit Deutschlands und zum Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland auf annehmbarer Grundlage beizutragen.

Die Sowjetunion unterstützte und wird jene Staaten und Kräfte unterstützen, die an der Milderung der internationalen Spannung, an der Stützung und Festigung des Weltfriedens und der Sicherheit interessiert sind.

Dieser Linie entspricht die Position der Sowjetregierung in der Österreichfrage. Es läßt sich nicht von der Hand weisen, daß die volle Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Unabhängigkeit eines neutralen Österreichs ein wichtiger Beitrag für die Festigung des Friedens in Europa ist.

Jene Tatsache, daß sich in Österreich gesellschaftliche Kräfte fanden, die diesen Weg mit aller Entschiedenheit einschlugen, beweist die großen Möglichkeiten für die Entwicklung der Zusammenarbeit zwischen den Staaten, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung.

Es wäre falsch wollte man annehmen, daß nur die österreichische Regierung eine solche Position einnimmt. So wie in Europa gibt es auch in Asien nicht wenige Staaten, die sich an keine aggressiven Militärblocks anschließen wollen. Das friedliche Streben solcher Staaten wird seitens der Sowjetunion stets volles Verständnis und Unterstützung finden.

Die Sowjetregierung hat in letzter Zeit in Übereinstimmung mit der Regierung der Chinesischen Volksrepublik Schritte zur Entspannung der Lage im Gebiet Taiwan unternommen und mit diesem Ziel Verhandlungen mit den Regierungen Englands und Indiens geführt.

Die Sowjetregierung brachte einen Vorschlag darüber ein, daß die Länder, die besonders an der Regelung der sich im Gebiet Taiwan und anderer chinesischer Inseln gebildeten Lage interessieren, diese Frage auf einer entsprechenden Konferenz zusammen mit der Chinesischen Volksrepublik und den Vereinigten Staaten von Amerika unter Teilnahme Englands, der Sowjetunion, Frankreichs, Indiens, Birmas, Indonesiens, Pakistans und Ceylons prüfen sollen. Die Konferenz fand infolge des Widerstandes der USA, die darauf bestanden, daß an ihr die Tschangkaischek-Clique teilnehmen sollte obwohl sie außer sich selbst niemand vertritt, nicht statt.

Die Regierung der Sowjetunion unterstützt in der Taiwanfrage ihrerseits voll und ganz die Position der Chinesischen Volksrepublik und jene Schritte, die Volkschina zur Festigung des Friedens in diesem Gebiet unternimmt.

Im Zusammenhang mit der Zuspitzung der Lage im Nahen- und Mittleren Osten unterstrich die Sowjetregierung in ihrer kürzlich abgegebenen Erklärung über die Sicherheit in diesem Gebiet, daß sie sich zu der sich dort bildenden Lage nicht gleichgültig verhalten kann.

Die Regierung der Sowjetunion erklärte, daß, wenn die Politik des Druckes und der Drohungen hinsichtlich der Staaten des Nahen- und Mittleren Ostens fortgeführt wird, diese Frage von der Organisation der Vereinten Nationen untersucht werden muß.

Die Sowjetunion ist fest davon überzeugt, daß bei gutem Willen der Staaten, die die Hauptverantwortung für die Erhaltung des Friedens tragen, es möglich ist, eine Reihe wichtiger internationaler Probleme zu regeln, die gegenwärtig der Minderung der internationalen Spannung im Wege stehen.

Die führenden Persönlichkeiten des Sowjetstaates haben wiederholt erklärt, daß sie für die Schaffung normaler Beziehungen zwischen den Ländern, für Zusammenkünfte, für eine allseitig Entwicklung des Handels, für gegenseitigen Austausch von Kulturdelegationen eintreten. In einem Wort für all das, was mit Entspannung der Lage bezeichnet wird.

Allerdings hängt das nicht allein von uns ab. Selbst eine so einfache Frage wie der Austausch von Studentendelegationen konnte nicht positiv gelöst werden. Wir hatten den USA vorgeschlagen, Studentendelegationen auszutauschen und als Antwort forderte man Fingerabdrücke. Um die Beziehungen zwischen den Ländern zu entspannen und die Möglichkeit zu erhalten, diese oder jene konkreten Fragen positiv zu lösen, ist es notwendig, eine gute, auf Vertrauen und gegenseitigem Verständnis beruhende Atmosphäre zu schaffen.

In letzter Zeit wird in den Vereinigten Staaten von Amerika, in Großbritannien und Frankreich - wie aus der Presse ersichtlich - viel von der Notwendigkeit einer Konferenz der Großmächte auf höchster Ebene gesprochen und geschrieben. Das ist kein Zufall. Der Gedanke einer solchen Konferenz hat in den Volksmassen, die auf sie große Hoffnungen setzen und der Meinung sind, daß eine solche Konferenz zur Besserung der Beziehungen zwischen den Staaten beitragen wird, tiefe Wurzeln geschlagen. Solche Stimmungen kann man nicht außer acht lassen.

41

Die Sowjetregierung steht der Idee einer Konferenz der Großmächte positiv gegenüber. Natürlich ist die Einberufung einer solchen Konferenz dann zweckmäßig, wenn sie wirklich zur Minderung der internationalen Spannungen und zur Verbesserung der Internationalen Beziehungen beiträgt.

Gestern, am 10. Mai, erhielt die Sowjetregierung von den Regierungen der USA sowie Frankreichs und Englands eine Note. In der Note wird vorgeschlagen, eine Konferenz der Regierungschefs der vier Mächte unter Beteiligung der Außenminister einzuberufen. Diese Note wird von der Sowjetregierung aufmerksam geprüft werden.

III.

Die Regierung der Sowjetunion ist ständig bemüht, den Frieden zu festigen und die internationale Spannung zu mildern und ergreift deshalb weiterhin alle Maßnahmen, um ein Abkommen über das Verbot der Atomwaffe, die Einschränkung der Rüstungen sowie der Streitkräfte und die Beseitigung der Gefahr eines neuen Krieges zu erreichen.

Heute veröffentlichte die moskauer Presse neue Vorschläge der Sowjetregierung zu diesen Fragen.

Die neuen Vorschläge der Sowjetunion, die der UN zur Beratung eingebracht worden sind, sind von großer Bedeutung und sind ein großer Beitrag für die Sache des Friedens. Sie führen zur Minderung der internationalen Spannungen und schaffen die Bedingungen zur Herstellung des notwendigen Vertrauens und des gegenseitigen Verstehens unter den Völkern.

In der von der Sowjetunion vorgeschlagenen Deklaration heißt es, daß alle Völker, die unlängst den zweiten Weltkrieg überlebt haben, der viele Menschenopfer und enorme materielle Zerstörungen erforderte, wie nie zuvor einen unbeugsamen Willen zum Frieden bekunden.

Dieses tiefe Bestreben der Völker für den Frieden seitigt seine Resultate, dennoch verbessert sich augenblicklich nicht die Lage in einigen Teilen der Welt, sondern kompliziert sich dagegen, und das gegenseitige Mißtrauen unter den Staaten nimmt zu.

Das Fehlen des notwendigen Vertrauens in den Beziehungen unter den Staaten, heißt es in der Deklaration, ist die Hauptsache, die die Regelung unentschiedener Problem sowohl in Europa, als auch in Asien stört. Dieses bezieht sich vor allem auf die gegenseitigen Beziehungen zwischen den Großmächten, die die Hauptverantwortung für die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens und der Sicherheit der Völker tragen.

Das Mißtrauen in den Beziehungen zwischen den Großmächten führte dazu, daß nach Beendigung des zweiten Weltkrieges die Gefahr eines neuen Krieges heraufzog, der noch folgenschwerer sein würde. Das Wettüsten nimmt immer größere Ausmaße an; Armeen, Kriegsflotten und Luftstreitkräfte werden ständig vervollkommen. Die höchsten Errungenschaften der Wissenschaft und Technik werden zur Produktion der verheerenden Massenvernichtungsmittel eingesetzt. Besonders großes Ausmaß hat das Wettüsten auf dem Gebiet so gefährlicher Waffen wie der Atom- und Wasserstoffwaffen erreicht. Zahlreiche ausländische Militärstützpunkte werden auf fremden Territorien geschaffen, was berechtigte Befürchtungen bei den Staaten hervorruft, gegen die sie gerichtet sind. Die Organisierung solcher Stützpunkte verschärft auch die Bedrohung der Sicherheit jener Staaten, auf deren Territorien sie geschaffen werden.

Im Verlauf vieler Jahre befindet sich die Welt im Zustande des "kalten Krieges" und die militärischen Vorbereitungen der Staaten liegen als schwere Last auf den Schultern der Völker. In einer Reihe von Staaten führt man eine offene Propaganda für einen neuen Krieg. In der Presse, im Radio, in öffentlichen Reden häuften sich immer mehr die Aufrufe zum Krieg, darunter auch zum Atomkrieg.

Die sich im Verlauf von vielen Jahren gebildeten und früher bestandenen traditionellen Wirtschafts- und Handelsbeziehungen zwischen den Völkern sind zerstört.

Es bedarf keiner Beweise, um die entstandenen internationalen Beziehungen als völlig anomal zu betrachten. Es sind radikale Maßnahmen zur Minderung der internationalen Spannung, zur Herstellung des notwendigen elementaren Vertrauens in den internationalen Beziehungen, zur Beseitigung der Gefahr eines neuen Krieges und der Schaffung von Bedingungen für ein friedliches und ruhiges Leben der Völker notwendig.

Wie kann das erreicht werden? Vor allem muß dem "kalten Krieg" ein Ende gesetzt werden. Die Sowjetunion ist der Meinung, daß die Vollversammlung der UN allen Staaten empfehlen muß, notwendige Maßnahmen zur strikten Durchführung ihres Beschlusses, der jede Form der Propagierung eines neuen Krieges verurteilt, zu ergreifen: Schluß machen in der Presse, im Radio, im Kino, in öffentlichen Reden mit jeglichen Aufrufen zum Krieg und zur Entfachung von Feindschaft zwischen den Völkern.

Die Mißachtung dieser Empfehlung muß als eine Verletzung der internationalen Pflicht und der Verpflichtung eines Staates gegenüber der UN betrachtet werden.

Die Sowjetregierung ist der Ansicht, daß die Minderung der internationalen Spannung und die Schaffung des notwendigen ~~XXVII~~ Vertrauens zwischen den Staaten dadurch gefördert werden könnten, daß die Sowjetunion, die Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien und Frankreich Besatzungstruppen vom Territorium Deutschlands sofort abziehen, mit Ausnahme eines streng beschränkten Kontingents von Truppen, die zeitweilig auf deutschem Territorium bis zum Abschluß eines Abkommens über ihren vollständigen Abzug verbleiben müssen.

Nach Ansicht der Sowjetunion müssen die Staaten, die ständige Mitglieder des Sicherheitsrates sind, ein Abkommen über die

Liquidierung ausländischer Militärstützpunkte auf fremden Territorien erzielen.

Die bestehende gespannte Lage in einigen Teilen des Fernen Ostens ist voller Gefahr für einen neuen Krieg und stellt eine Bedrohung für die Aufrechterhaltung des allgemeinen Friedens dar. Die daran interessierten Staaten müssen die ungelösten Fragen im Fernen Osten entsprechend den Grundsätzen der Souveränität und der territorialen Ungeteiltheit regeln. Die Sowjetunion ist der Auffassung, daß die Staaten in ihren wirtschaftlichen Beziehungen jede Diskriminierung beseitigen müssen, die die Entwicklung der breiten wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen ihnen hindern, vor allem auf dem Gebiet des Handels, und dass auch die internationalen kulturellen Bande erweitert werden müssen.

Die Verwirklichung dieser Maßnahmen wird zur Schaffung von Vertrauen zwischen den Staaten beitragen, was die Hauptvoraussetzung für eine wirkliche praktische Lösung des Abrüstungsproblems ist. Ohne Schaffung des notwendigen Vertrauens zwischen den Staaten kann das Abrüstungsproblem ein in der Luft schwebendes Problem bleiben. Wir sind unbedingt dafür, daß die Frage der Abrüstung aus einem in der Luft schwebenden Problem auf realen Boden zu stehen kommt und gelöst wird.

Zu diesem Zweck schlägt die Sowjetunion vor, daß die Vollversammlung neben der Verwirklichung der obengenannten Grundsätze für die Entspannung der internationalen Lage die UN-Abrüstungskommission beauftragt den Entwurf einer "Internationalen Konvention zur Frage der Einschränkung der Rüstungen und des Verbots der Atom- und Wasserstoffwaffe sowie anderer Arten von Massenvernichtungswaffen" ausarbeitet und dem Sicherheitsrat zur Bestätigung vorlegt.

Die Vorschläge der Sowjetunion sehen vor, daß die Einschränkung der Rüstung und das Verbot der Atomwaffen im Laufe von zwei Jahren in zwei Etappen, deren jede ein Jahr benötigt, durchgeführt werden.

Im Laufe der ersten Periode, die das Jahr 1956 umfaßt müssen folgende Maßnahmen durchgeführt werden:

Als erster Schritt des Staates - verpflichten sich die Teilnehmer der Konvention, ihre Streitkräfte und Waffen gegenüber dem Stand der Waffen und Streitkräfte vom 31. Dezember 1954 nicht zu vermehren. Ihre Assignierungen für militärische Zwecke werden ebenfalls vom Stand der Ausgaben, die zu diesem Zwecke im Laufe des Jahres 1954 gemacht wurden eingeschränkt.

Die Vorschläge der Sowjetunion sehen weiter die Festsetzung eines Standes vor, bis zu dem die Streitkräfte der Staaten eingeschränkt werden.

Die Streitkräfte der USA, der UdSSR, Chinas, Englands und Frankreichs dürfen folgende Größen nicht übersteigen:

- USA - von 1.000.000 bis 1.500.000 Personen
- UdSSR - von 1.000.000 bis 1.500.000 Personen
- China - von 1.000.000 bis 1.500.000 Personen
- England - 650.000 Personen
- Frankreich 650.000 Personen

Die Staaten dürfen nicht über Streitkräfte verfügen, die die internationale Welt in die Gefahr eines Krieges bringen.

Die Einschränkung der Streitkräfte und Rüstung dieser fünf Mächte bis zum festgelegten Umfang wird in zwei gleichen Teilen empfohlen:

50 % im Laufe des Jahres 1956 und die übrigen 50 % im Jahre 1957.

Gleichzeitig werden die Assignierungen dieser Staaten für militärische Zwecke entsprechend eingeschränkt.

Die sowjetischen Vorschläge sehen vor, daß zum Zwecke der vollen Durchführung der Maßnahmen zur allgemeinen Einschränkung der Rüstung und ebenso zur Bestimmung des Umfanges der Einschränkung der Streitkräfte anderer Staaten, nicht später als in der ersten Hälfte von 1956 eine Weltkonferenz einberufen werden muß. Die Stärke der Streitkräfte, die auf dieser Konferenz für die anderen Staaten bestimmt wird, muß einen viel niedrigeren Stand aufweisen als den, der für die fünf ständigen Mitglieder des Sicherheitsrates festgesetzt wurde.

Als erste Maßnahme für die Verwirklichung des Programms der Einschränkung der Rüstung und des Verbots der Atomwaffe sehen die sowjetischen Vorschläge die Beendigung der Versuche von Atom- und Wasserstoffwaffen vor.

In den sowjetischen Vorschlägen wird weiter daraufhin gewiesen, daß gleichzeitig mit dem Beginn der Durchführung von Maßnahmen zur Einschränkung der Rüstung und der Streitkräfte die Staaten sich feierlich verpflichten, keine Kernwaffen anzuwenden, die sie für sich als verboten betrachten. Ausnahmen dieser Regel können zum Zwecke der Abwehr von Aggression zugelassen werden, wenn ein entsprechender Beschluß des Sicherheitsrates angenommen sein wird.

Die neuen Vorschläge der Sowjetunion sehen vor, daß Staaten, die über Militär- Marine- und Luftwaffen-Stützpunkte auf den Territorien anderer Staaten verfügen, verpflichtet sind, einen Teil dieser Stützpunkte im Laufe des Jahres 1956 zu liquidieren.

Im Laufe der zweiten Periode, d.h. während des Jahres 1957, sehen die sowjetischen Vorschläge die Durchführung folgender Maßnahmen vor:

Erstens, die sofortige Einstellung der Herstellung von Atom- und Wasserstoffwaffen; zweitens, die Einschränkung der Streitkräfte und

der USA, UdSSR, Chinas, Englands und Frankreichs um die restlichen 50% der Differenz zwischen dem Stand der Streitkräfte und der Rüstung vom 31. Dezember 1954 und jenem Stand, der ihnen von der Konvention zugestanden wird.

Wenn dann die Einschränkung der Streitkräfte und der Rüstung des üblichen Typs zu 75 % des Gesamtumfangs der Einschränkung verwirklicht sein wird, wird das volle Verbot der Anwendung von Atom- Wasserstoff- und anderer Arten von Waffen der Massenvernichtung in Kraft treten.

Die Herausnahme dieser Waffe aus der Rüstung und die Einschränkung der Streitkräfte und der Rüstungen gewöhnlicher Art auf die letzten 25 % muß gleichzeitig einsetzen und 1957 beendet sein.

Die sowjetischen Vorschläge verpflichten alle Staaten, die Einführung einer breiten internationalen Zusammenarbeit auf dem Gebiete der friedlichen Nutzung der Atomenergie zu unterstützen. Besondere Aufmerksamkeit muß dabei der Hilfe, die den wirtschaftlich schwach entwickelten Ländern erwiesen werden muß geschenkt werden.

Schließlich sehen die sowjetischen Vorschläge im Laufe der zweiten Periode die Beendigung der Maßnahmen zur Liquidierung aller ausländischen Militär- Marine- und Luftwaffen-Stützpunkte auf den Territorien anderer Staaten vor.

Es ist absolut klar, daß die Verwirklichung aller dieser Maßnahmen ohne eine reale und wirksame Kontrolle unmöglich ist. Darum ist die Frage der Kontrolle - ein wichtiger Teil der Konvention.

Es ist nicht zufällig, daß schon seit fast 9 Jahren die Kontrolle die zentrale Frage der Diskussionen in der Organisation der Vereinten Nationen ist und der Hauptpunkt der Meinungsverschiedenheiten. Wir sind der Meinung, daß diese Meinungsverschiedenheiten unter anderem eine Folge des nicht realen Herangehens an die Frage der Kontrolle ist.

Die Sowjetregierung ist davon tief überzeugt, daß eine effektive Kontrolle der Abrüstung möglich ist. Jedoch sind alle Arten und Formen der Kontrolle, und ebenso auch die Rechte und Funktionen der Kontrollorgane, die bis jetzt von den verschiedenen Staaten vorgeschlagen wurden für die jetzigen Verhältnisse unzuverlässig.

Indem die Sowjetregierung einen neuen Vorschlag für die Kontrolle unterbreitet, berücksichtigt sie die sich in der Jetztzeit herausgebildeten Beziehungen der Staaten zu einander. Diese Beziehungen werden wie schon gesagt wurde, durch Mißtrauen und Verdacht charakterisiert. Solche Beziehungen gestatten nicht die Verwirklichung einer effektiven Kontrolle auf jener Grundlage, die bisher vorgeschlagen wurde.

Es ist kaum anzunehmen, daß Staaten, die einander kein Vertrauen entgegenbringen und deren Beziehungen zu einander gespannt sind, Kontrolleure anderer Staaten in ihre Militärwerke und -Betriebe, die Atommaterialien, Atom- und Wasserstoffwaffen herstellen hereinlassen. Die Tatsachen zeigen, daß die Regierungen einiger Länder selbst den Kultur-, Landwirtschafts- und Studentendelegationen Hindernisse in den Weg legen.

Selbst wenn eine ähnliche Kontrolle möglich wäre, so trüge sie keinen effektiven Charakter, da beim Fehlen gegenseitigen Vertrauens auch eine Umgehung dieser Kontrolle möglich ist. Eine solche Lage ist umso wahrscheinlicher, weil die Technologie der Atomgewinnung rasch und ohne besondere Schwierigkeiten, lediglich mit Hilfe einiger Spezialeinrichtungen die Atommaterialien, die für die friedliche Nutzbarmachung bestimmt sind in Atomwaffen verwandeln kann. Auf diese Weise kann man wohl Kontrolleure haben, jedoch keine Kontrolle.

Wie muß man sich also in einem solchen Falle verhalten?

Es ist allgemein bekannt, daß der moderne Krieg undenkbar ist ohne Entfaltung und Konzentrierung grosser Infanterie-, Luftkampf- und Kriegsmarinekräfte. Die Atomwaffe kann an und für sich ohne aktives Handeln aller Arten von bewaffneten Kräften, nicht in dem Sinne aktiv sein, daß sie allein den Ausgang des Krieges entscheidet. Die Atomwaffe kann ohne Zustellungsmittel zum Ziel nicht ausgenutzt werden. Daher gehen die sowjetischen Vorschläge für die Kontrolle von der Notwendigkeit aus solche Bedingungen zu schaffen, unter denen aggressive Absichten eines beliebigen Staates rechtzeitig entdeckt und verteilt werden können.

Wir schlagen eine solche Kontrolle vor, die es ermöglichen würde rechtzeitig eine gefährliche Konzentrierung von Infanterie- Luftkampf- und Kriegsmarinekräften zu vereiteln. Dazu benötigt man Kontrollposten in großen Häfen, auf Flugplätzen und Kommunikationsknotenpunkten mit strategischer Bedeutung. Die Festlegung einer solchen Kontrolle würde einen plötzlichen Überfall eines Staates auf den anderen ausschließen.

Die Sowjetvorschläge sehen eine effektive Kontrolle der Kürzung der Militärkräfte, der Bewaffnung gewöhnlichen Typs und der Assignierung für Kriegszwecke vor. Ein für Zwecke errichtetes internationales Kontrollorgan muß das Recht haben von den Staaten Daten über die Durchführung von Maßnahmen zur Kürzung der Bewaffnungen und der bewaffneten Kräfte zu verlangen, unbehinderten Zugang zu den Materialien zu haben, auf die sich die Haushaltsassignierungen des Staates für Kriegszwecke beziehen.

Beim Vorbringen dieser Vorschläge ist die Sowjetregierung der Meinung, daß die von ihr gemachten Vorschläge der Kontrolle im Anfangsstadium die Bedingungen zur Minderung der internationalen Spannung und zur Festigung des Vertrauens schaffen werden, die es gestatten werden zu anderen Arten der

Kontrolle, darunter zur Kontrolle der Vernichtung und Beschlagnahme der Atomwaffe auf ständiger Grundlage, deren detaillierter Inhalt in einer Sonderinstruktion festgelegt werden muß, nachdem ein Übereinkommen im Prinzip erzielt worden ist. Die neuen Vorschläge der Sowjetunion zu den Fragen der Abrüstung haben zu ihrer Aufgabe die Menschheit von einem neuen Vernichtungskrieg zu schützen, die Spannung in den Bezirungen zwischen den Völkern von der schweren Steuerlast zu befreien, die sie in Zusammenhang mit dem fortschreitenden Wettlauf tragen, die Möglichkeit der Ausnutzung von freiwerdenden Ressourcen zur Hebung des Wohlstandes der Völker und umfangreicher Hilfeleistung an wirtschaftlich schwach entwickelte Länder zu sichern.

IV.

Ein deutlicher Gradmesser derjenigen Stimmungen, die augenblicklich breite Volksmassen ergriffen haben, ist die unlängst in Bandung beendete Konferenz von 29 Ländern Asiens und Afrikas. Die Arbeit der Konferenz lenkte auf sich die Aufmerksamkeit der ganzen Welt, wobei ihre positiven Ergebnisse eine große Rolle im Kampf für den Frieden, die Freiheit und Unabhängigkeit spielen werden. Obwohl auf der Konferenz verschiedene soziale Systeme vertreten waren, fassten die Teilnehmer koordinierte Beschlüsse über alle erwägten Fragen. Die von der Konferenz angenommene Deklaration über die Unterstützung des allgemeinen Friedens und die Zusammenarbeit beruht auf den Grundsätzen der friedlichen Koexistenz.

Die Beschlüsse der Konferenz der Länder Asiens und Afrikas, die sich mit Fragen der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Zusammenarbeit befasste, zeugt über das richtige Herantreten an die Probleme des internationalen Lebens. Die Konferenz erklärte, daß die Regelung internationaler Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln durchgeführt werden muß, durch Verhandlungen. Ein solcher Weg ist richtig und fruchtbar. Es ist

bekannt, daß es in jüngster Vergangenheit durch das Begehen eines solchen Weges gelang, den Krieg in Korea und Indochina zu beenden. Diesen Weg auch in Zukunft begehend kann man die Regelung auch anderer nicht gelöster Fragen erzielen. Eine Bestätigung dafür ist die Österreichische Frage. Zur Zeit ist eine Vereinbarung der Mächte darüber getroffen worden, daß der Staatsvertrag über die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreichs am 15. Mai in Wien unterzeichnet werden muß.

Zur Frage der Sicherheit in Europa zurückkehrend muß ich erklären, daß die Sowjetregierung weiterhin davon ausgeht, daß auch in der gegenwärtigen Situation der beste Weg für die Sicherung des Friedens und die Verhütung einer neuen Aggression in diesem Raum die Organisation eines Systems der kollektiven Sicherheit unter Beteiligung aller europäischen Staaten, unabhängig von ihrer Gesellschaftsordnung ist.

Die Frage der Sicherheit in Europa ist gegenwärtig ein besonders wichtiges Problem. Die positive Lösung einer beliebigen Frage, die mit diesem Problem verbunden ist, würde zur Schaffung von Bedingungen für ein friedliches und ruhiges Leben der Völker in Europa beitragen. Die Ratifizierung der Pariser Verträge erschwerte die Lösung dieses Problems, setzte es aber nicht von der Tagesordnung ab.

Als die Sowjetregierung die europäischen Staaten und die Vereinigten Staaten von Amerika auf das Projekt der Organisation eines gesamteuropäischen Systems der kollektiven Sicherheit aufmerksam machte, wurde dieser Vorschlag von den westlichen Mächten leider nicht unterstützt und blieb unverwirklicht.

Die Westmächte zogen die Politik der Wiederherstellung des deutschen Militarismus mit allen sich daraus ergebenden Folgen vor, eine Politik

die die Bildung einer Militärgruppierung in der Art des Westeuropäischen Bundes unter Beteiligung des remilitarisierten Westdeutschlands vorsah. Doch diese Politik öffnet den Weg zu neuer Aggression, verstärkt die Gefahr eines neuen Krieges und bedroht die nationale Sicherheit der friedliebenden Staaten.

Die Sowjetregierung vertritt die Meinung, daß die friedliebenden Staaten Europas sich in dieser neuen Situation um die Gewährleistung ihrer Sicherheit sorgen müssen. Dies muß unbedingt auf jener Grundlage geschehen, die von den acht Staaten auf der Moskauer Konferenz und in den darauffolgenden Beratungen zwischen ihnen vorgesehen wurde. Die Regierung der Sowjetunion bringt ihre Wünsche dahingehend zum Ausdruck, daß sich in der Zukunft eine Möglichkeit ergäbe, die eine solche Gewährleistung der Sicherheit Europas, an der alle europäischen Staaten und auch die USA beteiligt wären erreicht.

Die Moskauer Konferenz trug zum weiteren Zusammenschluß der Kräfte unseres demokratischen Lagers bei und rief wohlwollenden Widerhall bei allen Friedensfreunden der Welt hervor. Die Völker der an der Konferenz beteiligten Länder hießen ihre Arbeit einmütig gut.

Die Konferenz bestätigte noch einmal die enge, herzliche Freundschaft, die zwischen unseren Ländern besteht und führte zur Erweiterung der Sphären der Zusammenarbeit zwischen ihnen, die sich jetzt auch auf das Gebiet der Fragen, die mit der Organisierung der gemeinsamen Abwehr verbunden sind ausdehnt.

In der Deklaration, die auf der Moskauer Konferenz einmütig angenommen wurde, erklärten die Regierungen der Sowjetunion, Polens, der Tschechoslowakei, der Deutschen Demokratischen Republik, Ungarns, Rumäniens, Bulgariens und Albaniens, daß die neue Situation die Aufgabe auf die Tagesordnung setzt, die Anstrengungen der auf der Konferenz vertretenen Staaten zum Zwecke der Gewährleistung ihrer Sicherheit zu vereinigen. Sie erklärten damals, daß unbedingt unverzüglich Maßnahmen getroffen werden müssen, um den aggressiven Kräften des Militärblocks

der Westmächte die vereinte Macht der friedliebenden Staaten im Interesse der Gewährleistung ihrer Sicherheit entgegenzustellen.

Die nach der Moskauer Konferenz durchgeführten Konsultationen ihrer Teilnehmer offenbarten die völlige Gleichheit der Ansichten hinsichtlich der Notwendigkeit, einen Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe zwischen den acht Teilnehmer-Staaten an der Moskauer Konferenz und ebenso auch hinsichtlich der Prinzipien eines solchen Vertrages abzuschließen.

Es ist bekannt, daß zwischen unseren Ländern sich neue, in der Geschichte nicht bekannte Präzedenzfälle, Beziehungen, die sich auf gemeinsame Ziele und Interessen gründen, auf die Prinzipien der Gleichberechtigung, der Achtung der staatlichen Souveränität und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten herausgebildet haben. Unsere Staaten sind ehrlich bestrebt einander zu helfen und einen allgemeinen Aufschwung zu erzielen. In den Beziehungen zwischen unseren Ländern wurden edle Prinzipien des sozialistischen Internationalismus verwirklicht, die großen Ideen brüderlicher Freundschaft freier und gleichberechtigter Völker.

Fast alle unsere Staaten sind durch zweiseitige Verträge über Freundschaft und gegenseitige Hilfe, die eine große Rolle in der Sache der Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa spielten und noch spielen mit einander verbunden.

Doch dies ist in der neuen Situation schon nicht mehr ausreichend. Wir alle erklärten uns damit einverstanden, daß die Bedrohung der Sicherheit unserer Staaten, die infolge der aggressiven Maßnahmen der Westmächte heranwuchs, die Vereinigung der Anstrengungen und die Ergreifung neuer Maßnahmen zur Festigung der Verteidigungsfähigkeit unserer friedliebenden Länder fordert. Diesen Zielen muß der Vertrag über die Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe, zu dessen Abschluß wir uns hier versammelten, dienen.

Im Vertrag müssen die Pflichten der gemeinsamen Verteidigung in Falle eines bewaffneten Überfalls auf einen seiner Teilnehmer festgelegt werden. Falls ein solcher Überfall geschieht, muß jeder Teilnehmer-Staat des Vertrages mittels der Verwirklichung des Rechts auf individuelle oder kollektive Selbstverteidigung in Übereinstimmung mit dem Artikel 51 des Statuts der Organisation der Vereinten Nationen dem Staat oder den Staaten, die überfallen wurden unverzüglich individuelle Hilfe erweisen und laut Vereinbarung mit anderen Teilnehmern des Vertrages mit allen Mitteln die von ihm als erforderlich angesehen werden, einschließlich der Anwendung von Streitkräften.

In diesem Falle müssen die Teilnehmer-Staaten unverzüglich² sich¹ über gemeinsame Maßnahmen, deren Anwendung zum Zwecke der Wiederherstellung und der Unterstützung des internationalen Friedens und der Sicherheit erforderlich sind beraten.

In Übereinstimmung mit der Deklaration, die auf der Moskauer Konferenz angenommen wurde, muß der Vertrag die Schaffung eines Vereinten Kommandos der Streitkräfte vorsehen, die auf Grund der Vereinbarung zwischen den Teilnehmern des Vertrages der Führung dieses Kommandos unterstellt werden. Es ist auch vorgesehen, daß die Teilnehmer des Vertrages andere vereinbarte Maßnahmen, die zur Festigung ihrer Verteidigungsfähigkeit notwendig sind treffen werden, damit die Unantastbarkeit ihrer Grenzen und Territorien garantiert wird und der Schutz vor möglichen Aggressionen gesichert ist.

Entsprechend dem Entwurf des Vertrages, werden sich seine Teilnehmer über wichtige internationale Fragen, die ihre gemeinsamen Interessen berühren gegenseitig beraten.

Es ist selbstverständlich, daß die Zusammenarbeit zwischen den Teilnehmer-Ländern des Vertrages nicht nur die Fragen der gemeinsamen Verteidigung umfassen wird, sondern auch die Fragen der weiteren Entwicklung und Festigung wirtschaftlicher und kultureller Verbindungen.

Die durch die imperialistischen Staaten geschaffenen Blocks werden auf dem Prinzip der Herrschaft und Unterordnung aufgebaut. Das ist die Natur der Blocks, die den Interessen ihrer Organisatoren, den imperialistischen Großmächten dienen. Die regierenden Kreise dieser Mächte ziehen die kleinen Länder in die von ihnen geschaffenen aggressiven Militärgruppierungen hinein, um menschliche Reserven zu erhalten, um die Schaffung neuer Aufmarschräume und Militärbasen zu sichern. Zu gleicher Zeit nutzen sie die aggressiven Blocks für die politische und ökonomische Unterordnung ihrer Partner dieser Bündnisse aus. Allen ist es bekannt, daß seit der Schaffung des Nordatlantikpakts der ökonomischen und politischen Unabhängigkeit der an ihm beteiligten Länder ein bedeutender Schaden zugefügt wurde. Die Vereinigten Staaten von Amerika, die in diesem aggressiven Block eine Hauptrolle spielen, unterordnen sich immer mehr die anderen Teilnehmer desselben. Der uns vorgeschlagene Vertragsentwurf gründet sich auf ganz anderen Prinzipien. Unseren Staaten, Völkern und unserer Gesellschaftsordnung ist das Prinzip der Herrschaft eines Staates über den anderen, eines Volkes über das andere, fremd. Der Entwurf unseres Vertrages geht aus von den Prinzipien der Achtung der staatlichen Souveränität und der Nicht-Eingemischung in die inneren Angelegenheiten, was der Grundsatz der Außenpolitik aller hier vertretenen Staaten ist.

Es ist bekannt, dass die durch imperialistische Staaten zum Abschluß gelangenden aggressiven Verträge die Möglichkeit der freien Anschliessung anderer Staaten an sie ausschließt. Anders kann es ja auch nicht sein, denn aggressive Verträge werden ja darum abgeschlossen, um sie gegen andere Staaten auszunutzen. Als Beispiel eines solchen Vertrages kann der Nordatlantikpakt gelten.

Sie erinnern sich daran, wie im März 1954 die Sowjetregierung den Vorschlag machte zusammen mit den daran interessierten Ländern die Frage über die Beteiligung der Sowjetunion an Nordatlantikvertrag zu behandeln und die Regierung der USA, Englands und Frankreich diesen Vorschlag ablehnten. Damit haben sie vor dem Antlitz der öffentlichen Meinung der Welt bestätigt, daß der Nordatlantikpakt ein aggressiver Block ist, der gegen die Sowjetunion gerichtet ist.

Der Vertrag über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe, der zum Abschluß zwischen unseren acht Staaten vorgeschlagen wird, wird nicht verschloßen sein. An ihn können sich alle anderen Staaten anschließen, unabhängig von ihrer gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung. Diese Eigenheit des Vertrages der acht Mächte zeugt von seinem defensiven Charakter, wie auch von dem defensiven Charakter dieser Organisation, die auf seinem Fundament errichtet werden wird.

Im Verlaufe der Vorkonsultation gelangten wir alle einmütig zum Schluß, daß der Abschluß eines solchen Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe nicht bedeutet die Lossagung der Teilnehmer des Vertrages von weiteren Versuchen der Schaffung eines alleuropäischen Systems der kollektiven Sicherheit. Das spiegelt sich wider im Entwurf des Vertrages, wo es heißt, daß seine Teilnehmer auch fernerhin unermüdlich bestrebt sein werden zur Schaffung eines alleuropäischen Systems der kollektiven Sicherheit und mit dem Ziel des Abschlusses eines alleuropäischen Vertrages über kollektive Sicherheit. Der Entwurf unseres Vertrages geht davon aus, daß im Falle der Schaffung eines alleuropäischen Systems der kollektiven Sicherheit der Vertrag der acht mit dem Moment des Inkrafttretens des alleuropäischen Vertrages seine Wirkung beendet.

Der unserer Konferenz vorgelegte Entwurf des Vertrages entspricht vollkommen den Zielen und Grundsätzen der Charta der Organisation der Vereinten Nationen. Die Sowjetunion und, ich hoffe, alle anderen Teilnehmer der Konferenz werden alle Anstrengungen machen, damit die von uns auf Grund der strikten Einhaltung der Charta der UN gebildete Organisation ein wirksames Mittel zur Sicherung des internationalen Friedens und der Sicherheit wird. Im Entwurf des Vertrages wird darauf hingewiesen, daß die sich verständigenden Partner ihre Bereitwilligkeit erklären im Geiste der aufrichtigen Zusammenarbeit sich an allen internationalen Aktionen, die die Gewährleistung des internationalen Friedens und der Sicherheit zum Ziel haben zu beteiligen und daß sie ihre ganzen Kräfte für die Verwirklichung dieser Ziele einsetzen werden. Die hier vertretenen Staaten waren und bleiben konsequente Anhänger der entschiedenen allgemeinen Einschränkung der Rüstung und des Verbotes der Atomwaffe. Diese unsere allgemeine Bestrebung fand ihre Widerspiegelung im Vertragsentwurf, wo es heißt, daß seine Teilnehmer bestrebt sein werden im Übereinkommen mit anderen Staaten, die in dieser Sache zusammenarbeiten wollen, wirksame Maßnahme zur allgemeinen Einschränkung der Rüstung und zum Verbot der Atom-, Wasserstoff- und anderer Massenvernichtungswaffen zu treffen.

x x
x

Genossen! Dem imperialistischen Lager würde es natürlich besser gefallen, wenn wir die Hände in den Schoß legen und nichts unternehmen, sie jedoch ihre "Politik der Stärke" durchführen, aufrüsten und allen ihren Willen diktieren würden.

Die "Politik der Stärke" ist jedoch ein zweiseitiges Schwert. Wenn die eine Seite ihre Kräfte verstärkt, so ist auch die andere gezwungen dies zu tun, Im Ergebnis entsteht das, was man in der politische Sprache als Wettrüsten

beneignet und was die ernste Gefahr der Entfesselung eines Krieges in sich birgt.

Wir sind nicht Anhänger der "Politik der Stärke". Wir streben nicht nach Krieg und wollen kein Wettrüsten, wir sind für die wirksamsten Maßnahmen zur Abrüstung. Die Hilfsquellen, die wir gegenwärtig für militärische Zwecke ausschöpfen müssen, würden wir lieber für friedliche Zwecke, für die Hebung des Wohlstandes unserer Völker verwenden. Wenn man jedoch gegen uns Militärblocks aufstellt, die unserer Länder mit Militärstützpunkten einkreisen und uns mit einem Atomkrieg bedrohen, dann können wir nicht untätig bleiben. Unter diesen Umständen sind wir verpflichtet, Gegenmaßnahmen zu ergreifen, und eine dieser Maßnahmen sind unsere Konferenz und die Beschlüsse, die wir hier fassen werden.

Die Moskauer Deklaration sowie die zwischen den Teilnehmern der gegenwärtigen Konferenz geführten Vorkonsultationen haben gezeigt daß die hier vertretenen Staaten von der Entschlossenheit erfüllt sind, als Antwort auf das Wiedererstehen des deutschen Militarismus und auf die Schaffung neuer Militärblocks durch die imperialistischen Staaten ihre Kräfte zusammenzuschließen und ihre Freundschaft und Zusammenarbeit noch mehr zu festigen.

Der Abschluß des Vertrages über Freundschaft, Zusammenarbeit und gegenseitige Hilfe zwischen den acht Staaten legt ein unerschütterliches Fundament für gemeinsame Handlungen der friedliebenden Staaten zur Abwehr der in Vorbereitung befindlichen Aggression, zur Gewährleistung des Friedens und der Sicherheit in Europa.

Die Regierung der Sowjetunion ist fest davon Überzeugt, daß die Beschlüsse der gegenwärtigen Konferenz eine zuverlässige Grundlage für die Gewährleistung der Sicherheit aller Staaten des Lagers des Friedens, der Demokratie und des Sozialismus schaffen werden. Gleichzeitig wird unsere Konferenz ein wichtiger Schritt bei der Lösung der Aufgaben der Festigung des Friedens und der Sicherheit in Europa wie in der ganzen Welt werden.